

Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft,



für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das Wilsdruffer Tageblatt erscheint täglich nachmittags 5 Uhr für den gew. Tag. Bezugspreis: Bei Abnahme in Vorauszahlung 2 Mk. im Monat, bei Postbestellung 3 Mk. monatlich. Abnahme 10 Hefen 25 Pfg. Alle Postgebühren werden nach Möglichkeit von den Abonnenten zu jeder Zeit übernommen. Im Falle höherer Gewalt, Streik oder sonstiger Betriebsstörungen besteht kein Anspruch auf Vorfahrung der Zeitung oder Rückerstattung des Bezugspreises. — Wilsdruffung eingetragener Geschäftsstelle erfolgt nur, wenn Porto entfällt.

Bezugspreis: Die 4-spaltige Normgröße 20 Goldpfennig, die 2-spaltige Normgröße im zeitlichen Teil 100 Goldpfennig. Nachweisungsgebühr 20 Goldpfennig. Postgebühren und Wilsdruffung sind in der Preisangabe nicht enthalten. Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6. Die Wilsdruffung ist für die Abgabe der Zeitung durch den Postboten oder durch den Abonnenten selbst zu übernehmen. Nachweisungsgebühr 20 Goldpfennig. Die Wilsdruffung ist für die Abgabe der Zeitung durch den Postboten oder durch den Abonnenten selbst zu übernehmen. Nachweisungsgebühr 20 Goldpfennig.

Das Wilsdruffer Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und Stadtrats zu Wilsdruff, Forstrentamts Tharandt, Finanzamts Rostitz.

Nr. 233. — 85. Jahrgang. Telegr.-Adr.: „Amtsblatt“ Wilsdruff-Dresden Postfach: Dresden 2640 Dienstag, den 5. Oktober 1926

Die Kölner Reden.

Von besonderer politischer Seite wird uns geschrieben: Ebenso wie die Deutschnationale Volkspartei hat auch die Deutsche Volkspartei ihren diesjährigen Parteitag in Köln abgehalten. Das ist nicht nur innenpolitisch bedeutsam, sondern vor allem auch außenpolitisch. Außenminister Dr. Stresemann, der ja gleichzeitig auch Vorsitzender der Deutschen Volkspartei ist, hatte in Köln die Aufgabe, die Schranken aufzuweisen, innerhalb deren sich seine Politik bewegen muß, weil sie eine unbedingt deutsche bleiben will. Die Reden, die vor acht Tagen in der Aula gehalten wurden, waren vom französischen Gesamtkabinett gebilligt worden, sind also als offizielle Regierungsverlautbarungen zu betrachten gewesen. Daß in diesen Verlautbarungen verfaßt worden war, die Behauptung von der angeblichen Schuld Deutschlands am Kriege auch in die Gegenwart hineinberzuleiten, und daß diese Anklagereden ausgerechnet von Poincaré gehalten wurden, ergab sich aus dem Inhalt, daß der deutsche Außenminister in unabweisbarer Form gegen diese Anklage Protest einlegte. Nun nimmt man es in Paris über, daß Dr. Stresemann auf Poincarés fopistische Unterweisung zwischen dem „deutschen Volk“ und dem „kaiserlichen Deutschland“ als dem angeblichen Schuldigen am Kriegausbruch nicht eingegangen ist, und fühlt sich sogar veranlaßt, in auffallend scharfer Form darauf hinzuweisen, daß die Reden Poincarés „sowohl hinsichtlich ihrer Form wie auch hinsichtlich ihres Inhalts vom gesamten Ministerrat gebilligt waren und sie die bleibende Ansicht der französischen Regierung darstellen“.

Dr. Stresemann hat betont, daß trotz jener Reden das Ziel der deutschen Außenpolitik dasselbe bleibt, und die Tatsache, daß die Tagung der Deutschen Volkspartei in Köln stattfand, unterstreicht die Selbstverständlichkeit dieses Zieles: Befreiung des deutschen Bodens von der Besetzung durch fremde Truppen. Innenpolitisch hat sich der Führer der Deutschen Volkspartei zurückhaltend geäußert; er ist ein viel zu guter Politiker, um nicht zu wissen, daß innenpolitisch die Dinge noch viel zu sehr in der Schwebe sind, daß die Entwicklung in den kommenden Monaten sich noch viel zu wenig übersehen läßt.

Großes Gewicht ist in Köln auf die wirtschaftliche Diskussion gelegt worden. In scharfer Form protestierte der Abg. Gram in namens der Landwirtschaft dagegen, daß immer nur der Konsumentenstandpunkt als maßgebend betrachtet wird, daß große Teile unseres Volkes leider immer noch nicht erkannt haben, wie wesentlich es ist, daß Stärkung und Förderung der Produktion, vor allem auf dem Gebiete der Landwirtschaft, Voraussetzung jeder vernünftigen Konsumentenpolitik sind. Es kommt zuerst auf die Erzeugung, in zweiter Linie auf die Verteilung an. Abg. Gram wies aber auch darauf hin, welche fast untragbaren Lasten die soziale Fürsorge auf die Schultern der deutschen Wirtschaft gelegt hat, und er warf dann den Gedanken eines Arbeitsdienstfläres wieder in die Diskussion, Gedanken, die von dem Arbeitsnehmervertreter Abg. Thiel aufgenommen und als zwingende Notwendigkeit bezeichnet wurden. Reichswirtschaftsminister Dr. Curtius führte gleichfalls aus, daß die deutsche Wirtschaft Lasten zu tragen habe, die jede Ellenbogenfreiheit nach der wirtschaftspolitischen Seite hin ebenso unmöglich machen wie nach der sozialpolitischen Seite hin. Hatte Dr. Stresemann als das Ziel unserer Außenpolitik die Verständigung zwischen Deutschland und Frankreich bezeichnet, so betonte andererseits Dr. Curtius die Notwendigkeit, das deutsche Reparationsproblem in den Kreis der internationalen Schuldverpflichtungen hineinzustellen. Er warnte davor, den Franzosen zu versichern, daß wir in der Lage seien, ihnen die Währung zu stabilisieren. Frankreich sei selbst durchaus fähig, diese Aufgabe zu erfüllen, und ob es überhaupt sehr zweckmäßig sei, die außerordentlich schwierige Frage einer Mobilisierung der deutschen Reparationsschuldverpflichtungen gerade jetzt und für den Zweck einer französischen Währungsstabilisierung anzuschneiden, hält der Minister für mindestens sehr fraglich. Dieser Zweifel in die Durchführbarkeit einer solchen Mobilisierung bedeutete nicht, daß Dr. Curtius die von Dr. Stresemann in Thoiry gemachte Anregung mißbilligte. Seine Mahnung klang dahin aus, nicht leichtfertig und oberflächlich von diesen Dingen zu reden, die für die deutsche Wirtschaft, die deutsche Währung und die deutschen Finanzen von folgenschwerver Bedeutung sind.

Auf dem Parteitag der Deutschen Volkspartei in Köln sprach noch Reichstagsabgeordneter Beythien über die Sorgen des gewerblichen Mittelstandes. Nach Abschluß der Aussprache wurde eine Reihe von Entschließungen angenommen, so über das Reichsschulgesetz, über die Landwirtschaft und über Beamtenfragen. In seinem Schlusswort erklärte Geheimrat Kahl, daß, wer draußen darauf spekuliert habe, daß es einen linken oder rechten Flügel der Partei gebe, durch diesen Parteitag enttäuscht worden sei. Die Verammlung brachte dem Außenminister Dr. Stresemann ein dreifaches Hoch und dem Vorsitzenden, Geheimrat Kahl, eine stürmische Ovation dar. Damit war der Parteitag beendet.

Europäische Einigungspläne.

Bund für Europäische Verständigung.

Herbeiführung der europäischen Entspannung.

Eine Konferenz von Staatsmännern und Politikern, die unter dem Vorsitz von Emil Dorel, ehemaligen französischen Minister, zu Genf stattfand, beschloß einstimmig die Konstituierung des Bundes für Europäische Verständigung sowie die Veröffentlichung eines an die Völker Europas gerichteten Manifestes, dem die Vertreter von 24 europäischen Nationen zugestimmt haben. In diesem Manifest wird auf den jetzt zulage getretenen Versuchungswillen der einzelnen Regierungen hingewiesen und auch an die Mitarbeit der Völker appelliert.

Der Bund setzt sich im wesentlichen zum Ziel, das Verständigungsverbot der Regierungen zu ergänzen und deren künftige Schritte vorzubereiten, indem er auf die Völker selbst einwirkt und in ihnen das Bewußtsein ihrer Solidarität wachzurufen sich bemüht. Zu seinen Hauptaufgaben gehört demnach die Herbeiführung der europäischen Entspannung sowie der moralischen und effektiven Abrüstung, die Beseitigung der Ursachen künftiger Kriege durch freundschaftliche Verständigung, schließlich die innigste politische und wirtschaftliche Annäherung der europäischen Völker zwecks Wahrnehmung ihrer gemeinsamen Interessen. Der Bund beobachtet die strengste Neutralität in allen inneren Fragen politischer und sozialer Natur. Er betrachtet die Erhaltung der nationalen und kulturellen Eigenart jedes Volkes als unentbehrliche Vorbedingung aller europäischen Zusammenarbeit. Von deutschen Persönlichkeiten, die sich für die Ziele des Bundes einsetzen, seien genannt Reichstagsabgeordneter Dr. Marx, Dr. Stresemann, Dr. Wirth, Dr. Lühner sowie eine Reihe namhafter Parlamentarier von der Deutschen Volkspartei bis zur Sozialdemokratie.

Erster Paneuropa-Kongress.

Die Frage der nationalen Minderheiten.

In Wien wurde der vom Grafen Coudenhove einberufene erste Paneuropäische Kongress durch eine Rede des früheren Bundeskanzlers Dr. Seipel als Vorsitzenden eröffnet. Einleitend wies er darauf hin, daß sich heute Vertreter aller europäischen Staaten eingefunden haben, um bei voller Wahrung ihrer Kultur und Geschichte an dem Gedanken eines geeinten Europas zu arbeiten. Bundeskanzler Dr. Kamef hieß namens der österreichischen Regierung den Kongress willkommen, dessen Wege und Ziele in Österreich vollstes Verständnis fanden.

Nach einer Begrüßung durch Vertreter der Stadt Wien hielten Vertreter der verschiedenen europäischen Staaten in alphabetischer Reihenfolge kurze Ansprachen. Der Vertreter des deutschen Paneuropäischen Komitees, Reichstagsabgeordneter Löss, führte unter Beifall aus, der Geburtstag der Paneuropäischen Union werde einst als ein historischer Akt in der politischen und wirtschaftlichen Entwicklung der Menschheit gelten. Der ungarische Delegierte von Lukacs wies auf die fehlerhafte Konstruktion des Völkerverbundes hin und betonte, der Kernpunkt aller europäischen Friedensprobleme liege in einer besonderen Entwicklung der deutsch-französischen Beziehungen. Der ehemalige Reichstagsabgeordnete Dr. Wirth empfahl zur Schaffung des Europäischen Reiches die Auflösung des Völkerverbundes.

Am Schlusse der politischen Aussprache auf dem Paneuropäischen Kongress begründete der deutsche volksparteiliche Reichstagsabgeordnete Dr. Mittelmann folgenden von ihm eingebrachten Antrag: Der erste Paneuropäische Kongress wolle die Einsetzung eines Ausschusses beschließen, der die Frage der nationalen Minderheiten zum Gegenstand eingehender Prüfung macht.

Der Zwischenfall von Germersheim.

Eine objektive Untersuchung gefordert.

Zu dem Germersheimer Zwischenfall wird von zuständiger Stelle mitgeteilt, daß die Angelegenheit von deutscher Seite sofort nach Bekanntwerden der ersten Einzelheiten des Tatbestandes anhängig gemacht worden ist, und zwar sowohl vom Auswärtigen Amt der französischen Regierung gegenüber als auch vom Reichskommissar in Koblenz gegenüber der Rheinlandkommission und den französischen Kommandostellen. Die diplomatischen Verhandlungen werden seitdem auf beiden Wegen fortgesetzt. Es kommt zunächst darauf an, mit größter Beschleunigung eine einwandfreie objektive Feststellung des Sachverhalts herbeizuführen, der durch die bisherigen Erhebungen der deutschen und der französischen Behörden noch nicht in allen Einzelheiten hinreichend aufgeklärt erscheint.

Zwischen beiden Regierungen besteht Einverständnis darüber, daß die strafrechtliche Sühne dieses ersten Falles ein Zusammenwirken der zuständigen deutschen und französischen Organe und die Vernehmung aller von den deutschen Behörden namhaft gemachten Zeugen erfordert. Ebenso besteht Einverständnis darüber, daß unverzüglich Maßnahmen getroffen werden müssen, um eine Wiederholung derartiger Vorkommnisse zu verhüten. Aber die Einzelheiten des beiderseitigen Zusammenwirkens, insbesondere über die Form der Beteiligung des bayerischen Untersuchungsleiters, sind die Erörterungen noch im Gange.

Briand, Chamberlain und Mussolini.

Das Ergebnis der Chamberlainschen Konferenzen.

Der englische Außenminister Chamberlain, der wieder in London eingetroffen ist, gab Pressevertretern gegenüber Erklärungen über seine Besprechungen mit Briand und Mussolini ab. Die Zusammenkunft von Thoiry fasse er als einen weiteren Schritt in Richtung auf den Wiederaufbau Europas und als eine natürliche und sehr befriedigende Folge des Locarno-Vertrages und des Eintritts Deutschlands in den Völkerverbund an. Er sei nicht der Meinung, daß ein freundschaftliches Verhältnis zwischen zwei Nationen gegen eine dritte Nation gerichtet sein müsse, und begrüße alle persönlichen Beziehungen der Außenminister der verschiedenen Länder miteinander.

Aber seine Besprechung mit Mussolini sagte Chamberlain, sie sei sehr herzlich gewesen. Es seien Fragen behandelt worden, die Italien und Großbritannien betrafen und über die bereits ein schriftlicher Gedankenaustausch im Gange gewesen sei. Natürlich seien gleichzeitig die größeren Fragen der europäischen Politik durchgesprochen worden. Ohne Überraschung, aber mit großer Zufriedenheit habe man ein erhebliches Maß der Übereinstimmung zwischen den beiderseitigen Auffassungen festgestellt.

Die Politik der beiden Länder richte sich auf die Erhaltung des Friedens, die für den wirtschaftlichen Wiederaufbau der Welt so nötig sei. Auch mit Briand habe er eine sehr freundschaftliche Unterredung gehabt und er sei in der Lage gewesen, Briand alles über die Besprechung mit Mussolini mitzuteilen, was diesen habe interessieren können. Briand seinerseits habe ihm über den Inhalt seiner Besprechung mit Dr. Stresemann Mitteilung gemacht. Er sei jetzt in der glücklichen Lage, nicht nur offiziell zu den Ministern des Auswärtigen von Italien und von Frankreich im besten Verhältnis zu stehen, sondern auch mit ihnen Beziehungen persönlicher Freundschaft angeknüpft zu haben, die von ihnen, wie er glaube, ebenso geschätzt würden wie von ihm. Seit Locarno glaube er sagen zu können, daß er auch in einem ähnlichen Freundschaftsverhältnis zu Dr. Stresemann stehe.

Nach näheren Einzelheiten über seine Unterredung mit Mussolini befragt, sagte Chamberlain, man habe den entschlossenen Willen bekundet, die Locarno-Politik fortzusetzen. Thoiry sei nur erwähnt worden als erfreuliches Zeichen für eine dauernde Besserung der internationalen Beziehungen. Auf weitere Fragen sagte Chamberlain, es würde eine Dreistigkeit sein, wenn er sich über innere Angelegenheiten Italiens äußern wollte. Für England sei der Faschismus nicht geeignet, aber für Mussolini empfinde er große Achtung und Bewunderung.

Der römische Berichterstatter der „Times“ erzählt, daß Briand sich formell verpflichtet habe, die italienische Regierung über jeden Schritt in den angestrebten französisch-deutschen Besprechungen unterrichtet zu halten, und daß die italienische Regierung über diese Zusage sehr befriedigt sei.

Ziele der Christlichen Gewerkschaften.

Stegerwalds Darlegungen.

Im Rahmen der Rundgebung der Christlichen Gewerkschaften in Reddinghausen sprach Ministerpräsident a. D. Stegerwald über die Ziele der Christlichen Gewerkschaften. Er führte u. a. folgendes aus:

Die vollständigen Strukturveränderungen in der deutschen Wirtschaft hätten den Hintergrund für die bekannte Rede Dr. Silberbergs in Dresden gebildet. Die Verständigung in der Kohlenindustrie sei sehr viel schwieriger als in anderen Industrien, weil bei der Kohlenindustrie ein großer Bruchteil des Gesamtwertes sich im Lohn äußere. In Düsseldorf sei der Baden der Dresdener Rede Silberbergs weitergekommen worden. Daß sich gerade im Westen der härteste Widerspruch gegen die Silberbergischen Ausführungen bemerkbar machen würde, sei vorauszusehen gewesen. Die christliche Arbeiterbewegung stehe bewußt auf dem Boden der christlichen Weltanschauung, die aber kein Änderungsgrund für den Lohnanspruch der Arbeiterschaft sei. Sie wolle eine Reform der Gesellschaftsordnung mit der richtigen Rangordnung der sittlichen und moralischen Werte und stehe bewußt auf dem Boden der Volksgemeinschaft. An Stelle des Klassenkampfes